

Sohrauer Stadtblatt.

Publikations-Organ der Königlichen und Städtischen Behörden von Sohrau O.S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Ersteinst
Wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend.
Bezugspreis: Vierteljährlich frei ins Haus und
bei allen Postanstalten 1 Mk. 50 Pfg.

Druck und Verlag von
P. Hunold's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Hunold.

Anzeigen-Preis:
für die einspaltige Zeitspalte oder deren Raum 15 Pf.
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 91.

Verf. Nr. 39

Sonnabend, den 16. November 1918.

Verf. Nr. 39

40. Jahrg.

Zur Lage in Deutschland.

Die nach außen der Weltkrieg eines Tages zur Wirklichkeit geworden ist, Deutschland und die Andern aber dieses ungeheure Ereignis im ersten Augenblick nicht recht fassen konnten, trotzdem jahrelang vorher der Krieg mit seinen furchtbaren Folgen an die Wand gemalt worden ist, so ist nach innen geradezu über Nacht ein anderes deutsches Reich aus der Erde gestampft worden und die überlebende Mehrheit des Volkes ist noch gar nicht recht zur Besinnung gekommen, was das alles zu bedeuten hat. Worin liegt der Kern der Umwälzung?

Der äußere Kern des Reiches hat ein anderes Gesicht, aber noch nicht so scharf ausgeprägt wie die Gesichtszüge eines erwachsenen Menschen, sondern verschwommen wie die eines ungeborenen Kindes. Tatsache ist nur, daß der Kaiser und der Kronprinz abgedankt haben und eine provisorische, d. h. vorläufige Reichsregierung an die Stelle getreten ist. Es ist ein Zwischenzustand eingetreten. Was endgültig sein wird, weiß niemand. Nur die Absicht der vorläufigen Reichsleitung ist bekannt: In einer Nationalversammlung Abgeordnete im ganzen Reich wählen zu lassen, um aus deren Händen die neue Form, die neue Firma zu schaffen. Ungezählte Volksgenossen wollen die Aufrechterhaltung einer Republik; auch die Entwicklung in den Einzelstaaten scheint diesem Ziel zuzustreben. Ob aber tatsächlich die Mehrheit des Volkes eine Republik haben will, darüber wird erst die Abstimmung in der Nationalversammlung Klarheit bringen.

Die die oberste Spitze im Reich noch nicht endgültig organisiert ist, so ist auch die Organisation in den Städten und Gemeinden noch im Fluß. Ob Volktrat oder Bauernrat, ob Arbeiter- oder Soldatenrat, alles ist ein Provisorium. Ein geistreicher Kopf sagte allerdings einmal: Alles Vorübergehende ist endgültig, alles Endgültige vorübergehend. Zur Schöpfung der Räte zwang jedenfalls die Eile, von den meisten Dampf geföhlt, von wenigen klar erkannte Notwendigkeit, in erster Linie das nackte Leben und die Habe aller sichern zu müssen. Wo damit auch nur um Stunden verzögert wurde, war Plünderung und Schlimmeres die Strafe für diese Nachlässigkeit.

Langsam nur und zitternd vor Erregung vollzieht sich gegenwärtig der so unendlich verwickelte, wirtschaftliche, gesellschaftliche und geistige Verkehr im Reich. Was wird nur noch aus alledem? So denken alle, stellen sich gegenseitig die Frage nach niemand kann eine befriedigende Antwort geben. Fest steht heute nur der Entschluß eines Jeden in der eigenen Brust: Sind alle Schichten des Volkes entschlossen, die frühere so verderbliche Gleichgültigkeit in politischen Dingen abzulegen und mit Wort und Tat sich politisch zu betätigen, dann bekommen wir auch die neuen Formen im Reich und Gemeinde, die der Mehrheit des Volkes auf den Leib passen und so den Aufstieg des Volksganzen gewährleisten.

Heute darf sich niemand neutral und abseits der Neuordnung der Dinge stellen. Von der Redefreiheit, diesem Grundrechte der Demokratie Gebrauch zu machen, an die Neugestaltung mit Hand anzulegen, ist Pflicht eines Jeden. Nur so kann jeder in seinem Sinne den Gang der Dinge beeinflussen. Wer sich fernhält, schaltet sich selbst aus und hat kein Recht, sich nachher über seine Nichtbeteiligung zu beklagen.

Aufhebung des Belagerungszustandes.

Berlin, 12. November. Ein Aufruf des Rates der Volksbeauftragten verländert mit Gesetzeskraft die Aufhebung des Belagerungszustandes, sowie Befreiung des Vereins-

und Versammlungsrechts auch für Beamte und Staatsarbeiter, Aufhebung der Zensur, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Religionsübung, politische Amnestie, Aufhebung des Gesetzes über den wasserländischen Hilfsdienst, Aufhebung der Gefindeordnung, sowie der Ausnahmegeetze gegen Landarbeiter und die Wiedereinführung der Arbeiterschutzbestimmungen. Spätestens zu Neujahr soll der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung kündigt ferner an: Fürsorge für ausreichende Arbeitsgelegenheit, Unterstützung von Erwerbslosen, Erhöhung der Versicherungs-pflicht bei der Krankenversicherung, Bekämpfung der Wohnungsnot, Sicherung gerechter Volksernährung, die Aufrechterhaltung geordneter Produktion, Schutz des Eigentums gegen die Eingriffe der Gewalt. Alle öffentlichen Wahlen sollen im gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht nach dem Proportional-system für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen erfolgen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen erfolgen.

Sindenburg an die deutsche Armee

Berlin, 12. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat an die deutsche Armee nachfolgenden Erlaß gerichtet:

In die Armee!

Der Waffenstillstand ist unterzeichnet. Bis zum heutigen Tage haben wir unsere Waffen in Ehren geführt. In treuer Hingabe und Pflichterfüllung vollbracht unsere Armee Gewaltiges. In strengen Angriffsschlachten und zäher Abwehr, in hartem Kampfe vor Lande und in der Luft haben wir den Feind von unseren Grenzen ferngehalten und die Heimat von den Schrecknissen und Verwüstungen des Krieges bewahrt.

Bei der wachsenden Zahl unserer Gegner, bei dem Zusammenbruch der uns bis an das Ende ihrer Kraft zur Seite stehenden Verbündeten und bei den immer drückender werdenden Ernährungs- und Wirtschaftsforgen hat sich unsere Regierung zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen müssen. Aber aufrecht und stolz gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestanden haben. Aus dem Bewußtsein, daß wir unser Land und unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben, schöpfen wir neue Kraft. Der Waffenstillstandsvertrag verpflichtet zum schnellen Rückmarsch in die Heimat, unter den obwaltenden Verhältnissen eine schwere Aufgabe, die Selbstbeherrschung und treueste Pflichterfüllung von jedem einzelnen von Euch verlangt, ein harter Prüfstein für den Geist und den inneren Halt der Armee.

Im Kampf habt Ihr Euren Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf Euch.

von Hindenburg, Generalfeldmarschall.

An das Feldheer.

Berlin, 13. November. Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung. Die Volksregierung ist von dem Wunsche besetzt, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plan vor sich geht. Falls einzelne Truppen willkürlich zurückrufen, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das schwerste. Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein.

Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstzucht, um unermeßlichen Schaden zu verhüten.

Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung, das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitigem Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingung.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Zurückführen in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimmen in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs und der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist es, auf die Beruhigung von Unordnung und Meuterei einzuwirken.

4. Die gleiche Ernährung für Offiziere, Beamte und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Wohnungen, gleiche Feldzulage für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr oder zur Beruhigung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Veränderungen

in den Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin, 12. November. Nach einem gestern vormittag 6 Uhr 25 Minuten vom Eiskern gegebenen Funkpruch der deutschen Bevollmächtigten an die Oberste Heeresleitung sind in den Waffenstillstandsbedingungen noch einige Änderungen vorgenommen worden. Die auf dem rechten Rheinufer vorbehaltenen neutrale Zone soll sich bis zu einer Entfernung von 10 Kilometer (statt 30 bis 40 Kilometer) vom Fluße erstrecken. Die Räumung der links- und rechtsrheinischen Gebiete muß in insgesamt dreißig Tagen statt 25 bewirkt sein. Die Zahl der auszuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß der Vorfriedensverhandlungen geregelt. Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Desterreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebiete, sobald die alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten. Nach Artikel 14 müssen alle Requisitionen, Beschlagnahmen oder Zwangsmassnahmen der deutschen Truppen, die dazu bestimmt wären, sich Hilfsmittel für Deutschland in Rumänien oder Rußland zu beschaffen, sofort aufhören. Der Zugang der alliierten zu den geräumten Gebieten in der Ostgrenze, sei es über Danzig, sei es über die Weichsel, soll der Versorgung der Bevölkerung und der Aufrechterhaltung der Ordnung dienen. Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß das Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß. Die Bestimmung über die U-Boote lautet: Auslieferungen aller U-Boote einschließlich der U-Bootsstreuzer und Minenleger und ihrer Bewaffnung und voll-

Rändigen Ausrüstung. Sie fahren nach den von den Alliierten bezeichneten Häfen. Solche, die nicht in See fliehen können, werden abgeführt und vom Personal verlassen und unter Bewachung gestellt. Die Bedingungen dieses Artikels werden in einem Zeitraum von vierzehn Tagen ausgeführt. Die zu internierenden Schiffe müssen bereit sein, die deutschen Häfen binnen 7 Tagen zu verlassen. Bezüglich der Blockade heißt es: Die Alliierten sind der Ansicht, daß die Fortsetzung der Blockade die Lebensmittelversorgung Deutschlands nach geschlossenem Waffenstillstand nicht verhindern wird in dem Maße, wie sie für nötig halten werden. Es wird jedoch dem Artikel 26 folgender Satz hinzugefügt: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten beschäftigen sich mit der Frage der Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem für notwendig erachteten Maße. Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 25 Tage festgesetzt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Im Laufe dieses Zeitraums kann der Waffenstillstand, würden die Rufeisen nicht ausgeführt, mit 48 stündiger Wirkung gekündigt werden. Um die Ausführung zu erleichtern, wird das Regime einer rändigen internationalen Waffenstillstandskommission angenommen.

Berlin, 13. November. Der deutschen Waffenstillstandsdelegation ist folgender Jutah zu dem Vertrage zugegangen: Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse werden die Bedingungen des Waffenstillstandes zur See hinzugefügt: Falls die Fahrzeuge nicht in den bezeichneten Häfen übergeben werden sollten, werden die Regierungen der Verbündeten und der Vereinigten Staaten das Recht haben, Selbstand zu befehlen, um ihre Uebergabe zu sichern.

Die Friedensbedingungen der Entente.
Amsterdam, 12. November. Ein Pariser Funkpruch lautet: Die den deutschen Bevollmächtigten überreichte Note enthält auch gewisse Einzelheiten über die Friedensbedingungen. So erklärt der Verband, daß die Besetzung von deutschem Gebiet, abgesehen von Elsaß-Lothringen, nur vorübergehend sein soll. Auch wurden bereits schätzungsweise Zahlen für die zu leistende Entschädigung für Nordfrankreich, Belgien und die Verbeerungen des Unterseebootkrieges genannt. Diese Entschädigung soll nicht nur in Bargeld zu leisten sein, sondern auch in Gestalt von beschlagnahmten Schiffen und zu liefernden Materials berechnet werden. Eraberger soll erklärt haben, daß Deutschland diese Bedingungen wahrscheinlich annehmen werde.

Die Alliierten versorgen die Mittelmächte mit Lebensmitteln.
Washington, 13. November. In einer Ansprache an den Kongreß sagte Wilson: Die Alliierten beabsichtigen, die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterhaltungs-Organisation wie früher für Belgien ins Leben zu rufen.

Kassel, 14. November. Die „Times“ meldet: Mit ehemaliger deutscher Dampfer verlassen am 13. d. Mts. Newyork mit Lebensmittel für Deutschland.

Das Vorrücken der Alliierten.
 Haag, 14. November. Aus belgischer Quelle verlautet, daß die Alliierten in ihrer jetzigen Stellung nur 3 Tage bleiben werden. Vom dritten Tage ab werden sie täglich 16 Kilometer vorgehen, die deutschen Truppen werden also täglich 16 Kilometer räumen. Daraus ergibt sich, daß die Alliierten am Sonntag in Brüssel und Antwerpen sein werden.

Friede in fünf Wochen.
London, 14. November. Der Kriegswinkel teilte mit, daß der Friede in fünf Wochen vollzogen sein wird.

Das deutsche Große Hauptquartier.
Kassel, 14. November. Das Große Hauptquartier mit Hindenburg an der Spitze ist in Wilhelmshöhe eingetroffen und wird im Schlosshotel Wohnung nehmen.

Das linke Rheinufer.
Genf, 14. November. Der „Temps“ bringt eine Erklärung, wonach das linke Rheinufer außer Elsaß-Lothringen an die deutsche Republik zurückgegeben werden soll.

Die Behandlung der Kriegsgefangenen.
Berlin, 12. November. Der Aktionsausschuß, geleitet von Coker, Weiss, Wolf, Kreisauer erklärt folgende Beschlüsse:

1. Die Kriegsgefangenen verbleiben in ihren Arbeitsstellen.
2. Die Kriegsgefangenen erhalten von heute die Wohnung der freien deutschen Arbeiter.
3. Sie sind wie bisher zur Arbeit verpflichtet. Wer nicht arbeitet, hat keinen Anspruch auf Verpflegung!

4. Der Arbeitgeber ist wie bisher verpflichtet die geschlossenen Betriebe einzuhalten.

5. Die Wachwachen der Kriegsgefangenen bleiben bewaffnet und haben mit den gleichen Mitteln wie bisher die Ordnung unter den Kriegsgefangenen aufrechtzuerhalten.

6. Nach Arbeitsluß verbleiben die Kriegsgefangenen in ihren Unterkunftsräumen.

Das Programm der neuen Regierung in Preußen.

Von den zahlreichen Aufgaben, vor die sich die neue Volksregierung jetzt und in der Zukunft stellt, seien nur diese hervorgehoben:

Durchführung der aineigefchränkten Koalitions-Freizheit für alle Staatsarbeiter und Beamte, grünlidliche Reform der Besoldungs- und Lohnerhältnisse der Arbeiter und Beamten, einseitige Reform der Pensionäre und Alt-Pensionäre und bis zur endgültigen Regelung Gewährung von ausreichenden Lernerzeugnissen.

Ausbau aller bildenden Institute, besonders der Volkshochschulen, Schöpfung der Einheitschule, Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Staat und Kirche.

Demokratisierung aller Verwaltungskörperschaften, Befreiung der Gutbezirke, völlig gleiches Wahlrecht beider Geschlechter für alle Gemeindevertretungen in Stadt und Land, entsprechende demokratische Umgestaltung der Kreis- und Kreisoberverwaltungsbehörden.

Kolischer Ausbau und Entwicklung aller Verkehrsmittel, besonders der Eisenbahnen und Kanäle, Hebung und Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Vorgehenslösung der dazu geeigneten Industrien und landwirtschaftlichen Großbetriebe, Umgestaltung des Rechtswesens und des Strafvollzugs im Geiste der Demokratie und des Sozialismus, Reform des gesamten Steuerwesens nach den Grundfragen strengster sozialen Gerechtigkeit.

Berlin, 13. November.
Die preussische Regierung.
Hirsch, Strödel, Bauer, Eugen Graf, Höpff, Adolf Hoffmann.

Deutsch-Österreich.
Der deutsch-österreichische Staatsrat hat einen Antrag eingebracht, der in seinen beiden Artikeln lautet:

Artikel 1. Deutsch-Österreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingeleitet.

Artikel 2. Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik. Besondere Gesetze regeln die Teilnahme Deutsch-Österreichs an der Gesetzgebung und Verwaltung der deutschen Republik, sowie die Ausdehnung des Geltungsbereichs von Gesetz und Einrichtungen der deutschen Republik auf Deutsch-Österreich.

Neue Dampferlinie.
Zwischen New Orleans und Japan ist von der Osaka Hofen Risch eine Dampferlinie gegründet worden, die den Importeuren und Exporteuren des Westpazifiks, die seit Jahren ersehnte direkte Verbindung mit dem fernen Osten verschafft.

Deutschland und Großrußland.
Nach einer Mitteilung des russischen Generalkonsuls in New beginnt der Warenanstand zwischen Deutschland und Großrußland allmählich in Gang zu kommen. Der Rat der Volkskommissare hat u. a. folgende Abschlüsse genehmigt: Deutschland liefert nach Petersburg 20000 t Koks, 30000 t Kohle, im Austausch gegen 640 t Allgummi, 25 t Silber, 1000 t Messingschrot, 20 t Kupfer und 600 t Berg.

Die Kölner Katholiken an den Papst.
Köln, 13. November. Die „Köln. Volksztg.“ veröffentlicht folgenden Hilferuf der deutschen Katholiken durch Funkpruch an den Papst: Das Kölner Komitee der Katholiken im Rheinland bittet namens aller deutschen Katholiken durch Funkpruch an den Papst:

Das Kölner Komitee der deutschen Katholiken im Rheinland bittet namens aller deutschen Katholiken Eure Heiligkeit aufs dringendste, zum Schutze des deutschen Volkes, daß von schweren Leiden und bitterer Hungersnot befreit, Ihre Stimme zu erheben. Heimsuchungen stehen uns bevor, noch schlimmer als die der Kriegsjahre. Nach dem Wortlaut der grausamen Waffenstillstandsbedingungen können die Vielverhandlungsänder das deutsche Volk in das schlimmste Verderben treiben. Die verlangte Abgabe des für uns unentbehrlichen Eisenbahnmateriale legt den für die Ernährung des seit vier Jahren hungernden Volkes nötigen Verkehr nieder. Die Lebensmittel für die feindlichen Besatzungstruppen sind nicht aufzubringen. Inkindigst bitten wir darum Eure Heiligkeit, im Namen der Menschlichkeit und der Grund-

sätze der Religion der Liebe, bei den Verbündeten für das Recht zum Leben unseres Volkes einzutreten.

Scheimrat Gless, Vorsitzender des Kölner Katholikenkomitees. Cuxhofs, Rechtsanwalt. Dr. Höder, Hauptredakteur.

Revolution in Belgien.

Haag, 14. November. In ganz Belgien ist Revolution. In Brüssel herrscht ein deutscher Soldatenrat allerhöchster Richtung die Voge. In den Straßen wird dauernd gekämpft. Belgier beteiligen sich überall auf beiden Seiten. Es gab viele Tote und Verwundete. Eine große Gefahr bilden die deutschen Waffenbestände.

Die rote Flagge im französischen Schützengraben.

Baderborn, 14. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet: Die Besatzungen der heute nachmittag 1 Uhr 30 Minuten von der Front nach hier zurückgeführten Flugzeuge melden, daß in den französischen Schützengräben von der belgischen Grenze bis Nord die rote Fahne gehißt ist und daß die deutschen Truppen sich mit den französischen verbündet haben.

Rumänien erklärt an Deutschland Krieg.
Die Münchener Morgenblätter bringen Privattelegramme, wonach die rumänische Regierung Deutschland den Krieg erklärte und zugleich an Ungarn ein Ultimatum auf Herausgabe der siebenbürgischen Landesteile gestellt hat.

Bukarest, 13. November. Rumänien befindet sich seit vorgestern auf dem Kriegsfuß mit dem deutschen Staat. Am Sonntag frühzeitig in Bukarest Blakate, in denen die Mobilisierung aller Jahrgänge bis zum 30. Jahre angeordnet wurde. Infolgedessen hat Madensien mit dem größten Teil seiner Truppen den Almarisch aus Rumänien begonnen. Es gelang den deutschen Soldaten, den größten Teil der Munition, Maschinengewehre und Artillerie mitzuführen. In Bukarest sind nur 3000 Mann Besatzung zur Aufrechterhaltung der Ordnung zurückgeblieben. Die rumänischen Behörden haben die Verwaltung bereits übernommen. Am morgigen Mittwoch wird der Einzug der Franzosen erwartet.

Der Kaiser in Holland.

Amsterdam, 11. November. Die Blätter berichten, daß der kaiserliche Hofzug 9 Uhr 45 Minuten vor mittag in Waasrecht angekommen. Der Bahnhof war vollkommen abgeperrt. Vor dem Bahnhof hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt. Unter dem Jubelruf, unter dem viele Belgier waren, kam es zu feindseligen Ausbrüchen. Der Kaiser war von General v. Falkenhayn und anderen hohen Offizieren, Gefolge und Dienerschaft begleitet. Ein zweiter Zug mit weiterer Besatzung und Hofautomobilen folgte etwas später. Der kaiserliche Hofzug kam um 3 Uhr 15 Min. nachmittags in Waas an, wo der Kaiser von seinem Gattin, Graf Gobars Albenburg Dentach, erwartet wurde. Außerdem waren Generalmajor Oomen, der Romanoff der Königin in der Provinz Utrecht, und andere amtliche Personen anwesend. Von Waas legte der Kaiser seine Fahrt nach dem belgischen Schloß in Automobilen fort. — Nach dem belgischen Verhörsrat „Was Day“ sind die Bedingungen, unter denen sich der Kaiser in Waas aufhalten wird, ungefähr die folgenden, wie für Internierte; obwohl diese Bedingungen aus Höflichkeit gegen die Person des Kaisers nicht veröffentlicht werden, könne man tatsächlich von seiner Internierung in Holland sprechen.

Ueber den Aufenthalt anters Kaisers in Holland wird der „Echt. Jtg.“ aus dem Haag berichtet: Am Sonntag kam zu Waasrecht ein deutscher General an, der den Behörden mitteilte, Kaiser Wilhelm werde am nächsten Tage in Holland antommen. Am nächsten Morgen gegen 7 1/2 Uhr erschienen auf der großen Landstraße von Hls nach Waasrecht zehn Automobile. Obwohl die Wagen sofort als kaiserliche erkennbar waren, trugen sie belgische Nummern einer langen und traglichen Reihe aus dem verlassenen Vaterland. Die Kraftwagen waren sämtlich mit Glas und Schutz bedeckt. Der Kaiser war in preussischer Generalsuniform und trug eine Mütze. Er stieg aus und ging auf einen Krückstock gestützt auf und nieder. Er sah sehr niedergeschlagen aus. Sein Gang ist sehr wehig geworden. Man konnte die feierliche Gehalt kaum wiedererkennen. Er unterließ sich in mittleren Ton mit einem höheren Offizier, der sich in seinem Gefolge befand, und blickte ohne Interesse über die belgische Richtung. Gegen 11 Uhr antommt am Sonntag früh die Mitglieder des kaiserlichen Hofes nach Waas, wo sie interniert werden sollen. Ueber Nacht blieb der Kaiser in Gynhen. Er scheint sich nach Anwesenheit begeben zu haben, um die weiteren Beschlüsse der niederländischen Regierung abzuwarten. Angeblich soll er in dem Schloß des Grafen Dentach Wohnung nehmen.

Amsterdam, 13. November. „Allgemeines Handelsblatt“ wird von seinem Londoner Vertreter gedrückt, daß von vielen Seiten, auch von sehr geschäftigen, gegen den Aufenthalt des Kaisers in Holland energig protestiert wird. Man verlange allgemein seine Auslieferung an die Alliierten.

Die Kaiserin in Potsdam.

Die Volks-Zeitung meldet, daß die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates in Potsdam das Neue Palais seinem Schutze unterstellt. Die Kaiserin, die Kronprinzessin und die anderen Prinzessinnen mit ihren Kindern befinden sich dort in voller Sicherheit. Die Kaiserin hat einem Vertreter des Soldatenrates ihren Dank für den bis herigen Schutz ausgesprochen.

Der Umsturz in Oberschlesien.

Berlin, 12. November. Gestern abend verbreitete sich das Gerücht, daß eine millionenstärkige Volkswaffenbande feugend

und plündern auf dem Wege nach Oberhessen sei, und die Grenze bereits überschritten habe. Diese Gerüchte schienen noch bestätigt zu werden durch die Alarmierung der Militärmannschaften und die Aufforderung an Zivilpersonen, sich sofort in der Parkette zum Schutz der Grenze einzufassen. Eine ungehörige Panik ergrieff die Bevölkerung. Alles machte sich bereit, die Stadt zu verlassen. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, waren die Gerüchte übertrieben. Dessen ungeachtet aber wurde zum Schutz der Grenze vor etwaigen Einfällen solcher Bänder eine harte Grenzbeobachtung aufgegeben, sodas vorläufig eine Gefahr nicht mehr besteht, zumal auch aus anderen Gegendorten Hilfe erboten worden ist.

Reutererei im Weutener Gerichts-gesängnis.

Wentzen, 13. November. Als am Dienstag früh die Insassen des hiesigen Gerichtsgesängnisses zur Arbeitsverteilung im Hofe des Gefängnisses versammelt waren, wurden die Aufseher von einer Anzahl Seltsamen umlagert und ihnen mit Gewalt die Schlüssel abgenommen. Mit diesen wurden dann die Tore geöffnet und über 100 Gefangene verließen das Gefängnis. Ein Teil begab sich in die Wohnungen hiesiger Bürger, wo sie Zivilkleider zusammenstellten. Einige der Ausbrecher sind bereits wieder festgenommen worden.

Oppeln, 13. November. Von zwei Vertretern des Generalkommandos ist gestern hier im Rathaus eine Versammlung einberufen worden, zu der auch Vertreter aller Behörden erschienen waren. Es wurde u. a. beschlossen, dem Regierungspräsidenten, dem Oberbürgermeister und dem Landrat je einen Arbeitervertreter zur Seite zu stellen, die solche Besordnungen mit unterzeichnen sollen, die das Wohl und Befehd der Arbeiter betreffen. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist unter Leitung des Herrn Hoffmann in Tätigkeit. Er hält Ordnung und hat die Lebensmittelversorgung nach den Grundsätzen in die Hand genommen. In der Stadt herrscht Ruhe, ein Trupp Soldaten ist freiwillig zum Grenzschutz herangezogen.

In Kreuzburg wurden einige Grenzwachposten entworfen, eine Mühle ist von polnischen Banditen in Brand gesetzt worden. — In Lubitz herrscht Ruhe.

In Königsbütte kam es im Laufe des gestrigen Tages zu Ausschreitungen. Die Menge plünderte die Räume der Reichsbankgeschäfte. Drei Soldaten sollen von Polen erschossen sein. Heute ist alles ruhig.

Köpenick, 13. November. Hier wurde in der Nacht zum Montag verheerend plündernd. Auch die Kammer des Bezirkskommandos wurde ihrer ganzen Vorräte an Soldatenkleidern, Wäsche usw. im Werte von über 100000 Mark beraubt. Die Plünderer waren jugendliche Herumtreiber, die dazu von auswärts nach der Stadt gezogen waren.

Nikolai, 14. November. Die Neuordnung in Nikolai hat sich nicht gerade in bester Ordnung vollzogen. Hierzu schreibt die hiesige „Rundschau“ Die Unzufriedenheit bezieht die Neuordnung des Bürger in die neue Geschäftsverteilung. Wie alle sind Bürger eines Staates und dürfen daher einer für den anderen. Ist es nicht eine beschränkte Last, wenn bessere Leute sich an die Plünderung beteiligen, aber noch beschämender die Last, wenn Bürger Maulaffen sein hielten und nicht helfen dem Treiben der Plünderer Gehalt zu bieten, sogar noch Hilfe leisten. Die Plünderer sind volltet und werden ihrer Strafe entgehen. Achtung müssen wir den Arbeiterfrauen zollen, die dieses Vorgehen verdammen. Achtung unseren Arbeitern, die hilfsbereit sofort eingelagert sind. Bürger, an euch ergeht die Anforderung, wenn aus jenen Epikureern, der sich am fremden Eigentum vergangen hat, damit man diese Leute dem Strafrichter zuführen und öffentlich bekannt geben lazen. Mitbürger schließt die Reihen, laßt den Geist der Brüderlichkeit in unsere Stadt steigen, ein jeder diene mit seinen Kräften dem Vaterlande, dann wird aus der Demütigung die Zeit der geistigen Erhebung. Bist du in der jungen Morgenröte dieser Freiheit ein jeder an seinem Plage seine Pflicht tun.

Polales u. Provinzielles.

Sobran D. S., den 15. November 1918.

(Zur Neuordnung in Sobran.) Nach

der Erregung beim Beginn der Neuordnung in unserer Stadt ist allmählich wieder Beruhigung unter der Einwohnerschaft eingetreten. Das Eingreifen des Soldatenrates hat den Einwohnern wieder das Gefühl der Sicherheit zurückgegeben, besonders da Tag und Nacht außer den bisherigen Polizeipatrouillen Soldatenpatrouillen Sicherheitsdienst versehen. Auch für außergewöhnliche Fälle ist für den nötigen Schutz gesorgt. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat sich ferner der Aufgabe unterzogen, den zahlreichen und zumteil leider berechtigten Klagen über Hunger und unerwünschte Preise in hiesiger Stadt, über Benachteiligung bei der Lebensmittelzu- und -verteilung nachzugehen und Abhilfe zu schaffen. In einzelnen Fällen ist bereits eingegriffen worden. Weitere Maßnahmen sind in Vorbereitung und werden in Kürze bekanntgegeben.

(Plünderungen.) Verbrecherische Elemente haben die unruhige Zeit zu Plünderungen und Einbrüchen ausgenutzt. In Goldmannsdorf, Kreis Ples, ist bereits am Sonntagabend der Laden des Geschäftsrats Ernst Voebinger von jungen Burschen geplündert worden, wobei ihnen Waren im Werte von mehreren tausend Mark in die Hände fielen. Eine gleiche Schandtat verübten Plünderer am Dienstagabend in Pilgramsdorf, Kreis Ples, im Geschäftlichen Geschäftshaus und Geschäftsbüro. Hier fielen denselben 4000 Mark bares Geld, die Aussteuer der Tochter und eine Menge Waren in die Hände, sodas E. einen schweren Verlust erleidet. Hoffentlich gelangt es, die Plünderer zu entlarven. — Zur bringenden Warnung sei nochmals betont: „Der Völlerei, wird erschossen.“ Wie uns später gemeldet wird, sind von den Plünderern in Pilgramsdorf, und zwar mit Hilfe des Soldatenrats Sobran, eine größere Zahl der Plünderer festgesetzt worden, sodas dieselben ihrer gerechten Strafe nicht entgehen werden. — Kurz vor Redaktionsschluss geht uns noch die Mitteilung an, das auch das Gerüstliche Geschäft in Bad Jastrzemb vollständig ausgeplündert wurde.

(Kriegsfilmbild Sobran.) Auf die am Dienstag den 19. D. stattfindende Vorführung des Films „Die Königsbütte von Travantore“ wird besonders aufmerksam gemacht. Man mag der Filmanst viel leicht erst nicht mit Unrecht skeptisch gegenüberstehen, hier muß sich unser Vorkriegs schon nach dem Ansehen der ersten Bilder heben. Die Aufmerksamkeit des Zuschauers wird sofort gefesselt, steigend bis zum Schluss. Der Film behandelt den Selenkampf einer indischen Fürstin. Die gestrichelte Art, wie der Autor des Filmes diesen Kampf läßt, wie er die Personen in die Handlung eingreifen läßt, verdient hohe Anerkennung. Dieser Film gehört zweifellos zu den besten, was die Filmanst je publiziert hat. Die indischen Filme haben einen zu guten Klang, als das wir noch empfehlend einzurufen hätten. — Das Programm, welches am Sonntag den 17. D. M. zur Abwicklung gelangt, ist ebenfalls empfehlenswert. Der Kranz von Rosen“ ist ein Film, den sich jeder ansehen sollte. Seine humoristische Tragik wird allortorts berechtigte Anerkennung finden.

(Unsere Rathauskuche) scheint auch die „Grüpe“ zu haben. Heute früh ging sie fast 20 Minuten vor. Im Interesse der Allgemeinheit wäre es zu wünschen, das die Stadtküche nicht genau gestellt wird.

(Eperuna des Feldpostverkehrs nach der Westfront.) Wegen der augenblicklichen Bahoverhältnisse ist die Annahme sämtlicher Feldpostsendungen nach der Westfront eingestellt. Nach ausgelieferte Sendungen werden an die Abnehmer zurückgegeben.

(Weihnachten ohne Kerzen.) Weihnachten muß dies Jahr ohne Lichtschmuck gefeiert werden. Der Verband deutscher Wachwarenfabrikanten versendet an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es heißt: „Die Anfertigung von Weihnachtskerzen ist in diesem Jahr verboten. Grund hierfür ist die außerordentliche Knappheit an Paraffin. Die Produktion entspricht schon längere Zeit nicht dem Bedarf. Da außer dem weniger Paraffin zur Verfügung kommt als im vorigen Jahre, ist das Verlangen nach Kerzen ein wenig größeres.“

(Sicherung der Volksernährung.) Die neue Regierung hat folgende Verfügung erlassen: Die Aufrechterhaltung der Volksernährung erfordert unbedingt, das keinerlei Eingriff in die öffentliche wirtschaftlichen Lebens-

mittel durch unbefugte Stellen vorgenommen werden. Verfügungen von Arbeiter- und Soldatenräten über die Befehde an Mehl, Getreide und anderen Lebensmitteln, die der Reichsregierung, einer anderen Lebensmittelfirma oder dem Kommunalverband gehören, müssen daher unbedingt unterbleiben und, soweit sie getroffen sind, sofort rückgängig gemacht werden.

(Die neunente Kriegsanleihe.) Das Ergebnis der 9. Kriegsanleihe beträgt nach den bisherigen vorläufigen Mitteilungen ohne die zum Umlauf gelangten älteren Kriegsanleihen 10 Milliarden 337 Millionen Mark. Teilsangelegenheiten sind noch aus, so das sich der Gesamtbeitrag noch etwas erhöhen dürfte. Im Hinblick auf die Finanzverhältnisse, unter denen die Kriegsanleihe angelegt wurde, muß dieses Ergebnis voll befriedigend, wenigstens es an die vorhergegangenen Kriegsanleihen erklärungsmäßig nicht herabgesetzt.

(Die Oypelner Regierung auf dem Boden der Neuordnung.) In einer Versammlung der Soldaten- und Arbeiterräte in Oypeln nahm außer Landrat Biedt und Oberbürgermeister Dr. Neugebauer auch Regierungspräsident v. Wiquel teil. Er stellte sich auf den Boden der neuen Ordnung und sagte seine Mitarbeit zu.

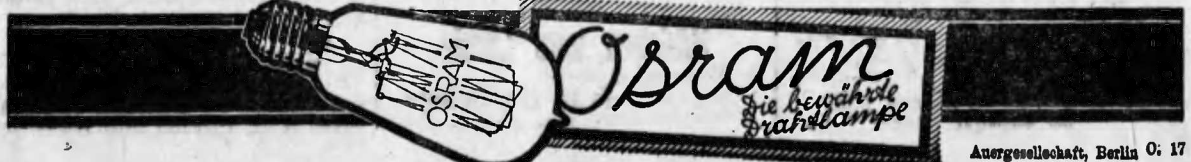
(Amtsentsetzung.) Ihrer Komter erhoben wurden in Rübau Bezirkskommandeur Moller und Landrat Venz. Die Geschäfte des letzteren führt bis auf weiteres Bürgermeister Dr. Lutzsch. In Raitowitz wurde Polizeirat Mähler seines Amtes entsetzt.

(Keine Beschlagnahme der Bankguthaben.) Immer wieder verlanet, dem Drängen des Publikum zu Abhängen bei den Bankhäusern liegt zu einem großen Teil die Beschlagnahme zu Grunde, häufig das Beschlagnahmrecht über die Einlagen zu verlieren. Die Regierung legt Wert darauf, solchen unbegründeten Auffassung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. In keiner Weise wird eine Beschlagnahme von Bank- und Sparkassenguthaben durch Maßnahmen irgendwelcher Art beabsichtigt oder auch nur erwogen.

(Die beunruhigenden Nachrichten über Oberschlesien) werden fort übertrieben berichtet. Die „Kottowitzer Zeitung“ schreibt, es sei ausgeschlossen, das bolschewistische Räuberbanden über die Grenze kommen. Nur als Vorkehrungsmaßnahme ist Militär von Breslau nach Oberschlesien abgegangen. — Dagegen werden die Mitteilungen über Aufständische in polnischen Grenzorten namentlich gegen die Juden für zureichend erklärt. — Aus Breslau meldet die „Kottowitzer Zeitung“, das um die Kaiserin hiesige Kämpfe stattfanden. Die deutsche Besatzung wurde entworfen, etwa hundert Tote und Verwundete sind zu verzeichnen.

(Eine ergötzliche Episode aus dem Schulleben) wird aus Schwerin berichtet: Nachdem nach dreiwöchentlicher Dauer die Grippeferien beendet sind, wurde den Schülern bekannt gegeben, das sie noch weiter von Schulunterricht fortzubleiben hätten, wenn dadurch ein Angehöriger an Grippe erkrankt sei. Auf eine entsprechende Nachfrage des Lehrers erhebt sich ein Schüler und erklärt, das seine Schwester grippekrank darzubekomme. Er lauz sofort sein Mädelchen packen und zieht fruchtloslos von dannen. Ein anderes Mädelchen läßt diese Ferienverlängerung des Kameraden aber nicht in Ruhe und schließlich erhebt es sich und meldet: „Der Lehrer, dem Fris seine Schwester, wo grippekrank ist, wohnt aber — in München.“

(15 Plünderer erschossen.) Gegen Plünderer sind vom Soldatenrat harte Bestimmungen getroffen worden. Wie man hört, sind bereits schwere Strafen verhängt worden. So wird der „Schle. Jg.“ berichtet, das in Breslau bereits 15 Soldaten standrechtlich erschossen worden seien. Auch aus Minden bei Hannover wird ein Standgericht gemeldet. Dort wurden von Sicherheitspatrouillen 34 Personen ergriffen, die beim Plündern betroffen wurden. 3 Hauptverbrecher wurden auf der Stelle erschossen. Ferner wird aus Bielefeld gemeldet: Am Röhbliner Bahnhof haben Leute die Militärmagazine plündern wollen; die dort befindlichen Soldaten haben, um die Plünderer abzuwehren, teils mit Schlagpatrouillen, teils mit scharfen Patronen, zumteil in die Luft geschossen. Dabei ist unglücklichweise ein 12jähriger Knabe namens Albert Hanig aus Leben gekommen. Er hatte sich auf eine Aste gestellt, um zuzusehen, und ist dabei getroffen worden.



Letzte Nachrichten.

Auflösung des Abgeordneten-hauses.

Das Herrenhaus beauftragt.

Berlin, 15. November. In Ueberein- stimmung mit einem Beschluß des Vollzugs- rates des Arbeiter- und Soldatenrates ver- ordnen wir das Folgende: Das Haus des Abgeordneten wird hierdurch aufgelöst. Das Herrenhaus wird beauftragt.

Berlin, den 15. November 1918.

Die preussische Regierung.
gez. Hirsch. Ströbel. Braun. Ernst.
Adolf Hoffmann. Dr. Rosenfeld.

Vom Linienschiff „Schlesien“.

Berlin, 15. November. Entgegen dem gestern verbreiteten Gerücht, daß das Linienschiff „Schlesien“ auf seiner Fahrt nach den norwegischen Gewässern torpediert und ge- sanken sei, erfahren wir von zuständiger Stelle, daß an diesem Gerücht kein wahr- es Wort ist. Das Linienschiff „Schlesien“ ist am 14. November in Kiel eingelaufen und beabsichtigt dort in die Wert zu geben. **W.F.**

Ausflug.

Am Abend. Ephte Sonne sinkt
Am vierten Weltentag des großen Volks.
Deutschland geht schlafen, wach vom weichen Wort
Des blauen Schnees, dem kein Enten folgt,
Und durch die dampfenden Rauchscheitel fragt's
Die Stimme des Gedächtnis: Warum?
Warum dies alles? Jenseits schritten wir
Im großen Sommer ein, bedrängte Schar,
Nun Ostentisch, des Weltes und bewacht.
Wir wollten nicht mehr, nicht für uns, aus uns,
Nur eines war Gebot und uns Gebot,
Nur eines brante uns in Herz und Hirn,
Nur eines war uns Willen: Vaterland!
Wir waren einer, wir waren tausend,
Millionen waren wir und einer doch,
Und in dem einen, geben, den Millionen
Nur eines Willens teilig selber Schlag:
Deutschland ist größer als wir, die wir werden,
Deutschland ist größer als wir, die wir leben,
Die leben und die leben werden: Deutschland!

Und nun? War unser Opfer reine Tat
Nicht rein genug? Nicht herb genug der Gram
Der Mütter? Richtig machen nicht das Leid
In jeder Tat? Schandte nicht vom Markt
Der Warner Fröh! und gierig frohlockt fort?
Hat in der Prüfung, Jahr um herbes Jahr,
Doch gar ein Selbstling lag an sich gedacht?
Wacht etwas wieder ergebener sind,
Die Nacht im Blut, die eigne Art der Art?
Nun war das Opfer reiner Jugend, doch
Am Marke frohlockt gierig denn je
Die Schar. In leuchtend loberte der Gram
Der Mütter, doch im Reigen frang
Froh der Schar. In Welt und Osten Schritt
Die Schar in täglich taufendfachen Tod,
Doch aus der Schar wuchs nicht der Eine auf,
Der ihres Opfers heiligen Willen forste,
Der Eine, der im Bund der Besten hand
Nad allem Volke stark und Führer war,
Der ihnen Weg zum eignen Leben wies
Und wachte, wachte: Unter ist das Reich,
Im Welt und Erzeugen größer, tiefer — Deutschland!

Am Abend. Ephte Sonne sinkt.
Deutschland geht schlafen eine lange Nacht,
Und wachend Hoffen träumt ins ferne Dunkel
Von neuer Saat, der eine Ernte folgt
Am neuen Weltentag des großen Volks.
Friedrich Carl Babendied.
(4 Jahre im Exil.)

In einer Reihe von Stadtgemeinden sind die Stadterordnetenversammlung und die Deputa- tionen aufgehoben und an ihre Stelle für die gesamte Gemeindeverwaltung die zur Durch- führung der Revolution gebildeten Organe ge- setzt worden. Ein derartiges Vorgehen wider- spricht den grundlegenden Erlässen der neuen Zentralorgane in Reich und Staat. Es ge- fährdet auf das Höchste den ruhigen Fortgang der Volksernährung, die Unterstützung bedürftiger Familien, die Krankenfürsorge und alle sonstigen kommunalen Aufgaben. Selbstverständlich können grundlegende Änderungen in der Organisation einzelner Gemeindeverwaltungen nur infolge eines einheitlichen gesetzgeberischen Vorgehens erfolgen. Nachdem gestern der Rat der Volksbeauftragten ein bestimmtes Programm für die Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften vorgegeben hat, steht bis zu dessen Durchführung die bisherige Organisation in allen Stadtgemeinden und son- stigen Kommunalverbänden bestehen.
Berlin, den 14. November 1918.
gez. Hirsch. Ströbel.

Bekanntmachung.

Am Sonntag den 16. d. M. wird bei den hiesigen Fleischern auf Grund der Reichs- schick- karte 80 gr Fleisch und 20 gr Wurst ver- abfolgt.

Sohrau O.S., den 15. November 1918.
Der Magistrat. Reiche.

Ev. Gemeinde Sohrau O.S.

Sonntag den 17. November, nachm. 1/2 8 Uhr:
Deutscher Gottesdienst.

Standesamts-Nachrichten von Sohrau. Sterbefälle.

Am 27. Juli 1917 der Heister Aylor, Kauf- mann Paul Georg Hülsig, 26 Jahre alt; am 9. Oktober 1917 der Gelehrte Buchhalter Josef Kotrmba, 29 Jahre alt; am 30. Mai 1918 der Musikleiter, Grubenarbeiter Franz Bierck, 24 Jahre alt; am 10. Juni der Bergbau- Arbeiter, Fleischergeselle Alexander Stadisch, 26 Jahre alt; am 10. August der Jäger, Krimppfer Ema- uel Fog, 23 Jahre alt; am 15. Oktober der Landwirtschafter, Saitenmacher Viktor Kurek, 38 Jahre alt; am 10. November Marie Jureczko, geb. Jureczko, 60 Jahre alt; die verheiratete Gattin der Ordnungsdienst, geb. Komrad, 68 Jahre alt; am 11. der Pfleger, Invalide Josef Kruppa, 65 Jahre alt; am 13. die ver- heiratete Gattin der Johanna Malcher, geb. Bo- recht, 68 Jahre alt; Gertrud, Tochter des Schaararbeiters Johann Blich, 8 Tage alt.

Bekanntmachung.

1. Das Dienstzimmer und Wackel- kommando des Soldatenrates befindet sich im Rathaus (Erbschloß).
2. Ein Jeder, dessen Freiheit oder Eigen- tum von irgend Jemandem bedroht wird, wende sich umgehend (event. telephonisch) an den Soldatenrat um Schutz.
3. Sämtliche Militärpersonen erhalten in militärischen Dingen (wie Urlaub, Rückkehr zum Truppenteil usw.) vom Soldatenrat Auskunft und alle nötigen Weisungen.
4. Die Mitglieder des Soldatenrates sind kenntlich an roten Armbinden mit der Aufschrift: „Soldatenrat Sohrau O.-Schl.“
5. Den Anordnungen des Soldatenrates zuwiderhandeln werden zur Verant- wortung gezogen.

Soldatenrat Sohrau O.-Schl.

Bescha. Poloczel. Samulowski.

Bekanntmachung.

Wir warnen vor dem Verkauf und vor Ingebrauchnahme von Herren- und Anaben- Garderobe, Hüten, Mägen, Wollwaren etc., welche am Dienstag den 12. d. M. in Sohrau O.-Schl. Geschäftsleuten ohne Bezugsscheine und zum Teil zu erpreßten Preisen weggenom- men und verschleppt worden sind. Sämtliche Personen, von denen der größte Teil bereits mit Namen bekannt ist, werden aufgefordert, die Waren freiwillig bis spätestens Mittwoch den 20. d. Mts. bei dem Arbeiter- und Soldatenrat Sohrau, im Erbschloß des Rat- hauses gegen Empfang des gezahlten Geldes abzuliefern.

Die Aufforderung ergeht besonders an die Ortschaften Baranowitz, Jastrzemb, Pohlom, Bogolan, Schwirklan, Sejezlowitz, Pallowitz, Krop.

Wer dieser Aufforderung zur freiwilligen Rückgabe nicht unverzüglich nachkommt, hat strengste Strafe zu erwarten.

Arbeiter- und Soldatenrat Sohrau O.-Schl.

Bekanntmachung.

Die hiesigen Geschäftsleute werden dringend ersucht, die von den Städten, Kommunen und Industriellen Werken ausgegebenen Notgeld- scheinchen als vollgültiges Zahlungsmittel unbean- standet anzunehmen.

Sohrau O.S., den 13. November 1918.

Der Magistrat. Reiche.

Reichenberger's Zahn-Atelier

Sohrau O.S., Ring 129.

Sprechstunden:

Vormittags von 8—12 Uhr,
Nachmittags von 2—6 Uhr.
Sonntags von 9—12 Uhr.

Zum 1. Januar 1919 suche ich ein

Mädchen vom Lande

für Küchen- und Hausarbeit.

Frau Dr. Scheja

Pallowitz O.S.

Lichtspielhaus Sohrau

(Schulplan's Saal.)

Sonntag den 17. Novbr. 1918:

Der Kranz von Rosen

Ein ergreifendes Drama in 4 Akten mit Egede Nissen in der Hauptrolle.

Vierzehn Tage Urlaub.

Lustspiel in 3 Akten.

Nur für Erwachsene. Erste Vor- führung 1/2 5—7 Uhr, zweite 1/2 8 Uhr ab

Dienstag den 19. November,
abends 1/2 8 Uhr:

Die Königstochter von Travankore.

Das wunderbar schöne indische Liebesdrama in 5 Akten von Martin Berger mit Eiga Beck-Wien in der Hauptrolle.

Ausserdem ein dezentes Besprogramm in 2 Akten.

Am Klavier: Fr. Trück.

Plätze sind numeriert. Billetts im Vorverkauf bei B. Elias.
I. Platz 1,20 M., II. Platz 0,90 M.

An der Abendkasse 10 Pf. mehr.
Am Sonntag gewöhnliche Preise.

Mit obigem Programm bieten wir etwas Hervorragendes und bitten um gütigen zahl- reichen Besuch

Die Spielleitung.

Sprechstunden

täglich von 8—3 Uhr

Sonntags von 8—12 Uhr.

Zahn-Arzt Denfeld.

Leere Weinflaschen,

Altpapier

(Zeitungen, Bücher, Feste und Alken) kauft

Sohrauer Flaschen-Centrale

Ring 57.

Geld

gegen monatliche Rückzahlung

berleiht

R. Calderarow, Hamburg 5.

Polier u. Betonmeister mit Kolonne

für unsere Baustellen in Gottmitungsgrube und andere Arbeitsstellen für bauernde und Winter- beschäftigung sofort gesucht.

Act.-Ges. für Bauausführungen,

Gleiwitz O.-S., Mengelstraße 3.

Telephon 202 und 203.

Spezialgeschäft für Industrie- und Klein- wohnungsbau.

Dienstmädchen

oder christliche Bedienung sucht
Wwe. Marie Tyrntania.

Ein Dienstmädchen

für Küche und Haus sucht für sofort
Frau Kaufmann Herich.

Sch suche ein anständiges

Dienstmädchen

zu einem sauberen Haushalt für 2 Personen
per sofort oder eodl. zum 1. Dezember.
A. Hollaender.

ZeitungsausträgerInnen

zum Austragen des Stadtblattes können sich
melden in der Expedition dieses Blattes.